

Dresdner Volk

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp. **Organ für das Volk**

Dresdner Verfügung
gegen
Nazischwindel
Seite 3

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Eintritt von Eiferungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Zutun dieser Gewalten, bei der Bejahung der Dresdner Volkzeitung

Abbestellungspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Arbeit und Kampf“ sowie der wöchentlichen Wochenendausgabe „Der Sonntag“ monatlich 3,40 M. einm. 45 M. (Bruttogeld) (ohne Postgebühren) 2 M. einm. 25 M. (Bruttogeld) (ohne Postgebühren) nur Sonntag 1,60 M. (einschl. Post- und Zustellungsgebühren).

Abbestellungspreis für den Einzelheft: 20 M. (einschl. Post- und Zustellungsgebühren).

Abbestellungspreis für den Einzelheft: 20 M. (einschl. Post- und Zustellungsgebühren).

Nr. 48 Dresden, Sonnabend, den 25. Februar 1933 44. Jahrgang

Eine merkwürdige Polizei

Faschistische Hilfstruppen sollen die Verfassung schützen?

„Wer schützt das Volk vor dieser Hilfspolizei?“

Der Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium hat unter dem 22. Februar über die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei folgenden Erlaß herausgegeben:

„Die zunehmenden Ausschreitungen von Nationalisten, insbesondere kommunistischer Seite haben zu einer unerträglichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der Staatsbürgerinnen und Bürger geführt. Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausschließliche Berechnung zur Zeit nicht ausreicht ist, werden seit langem über ihre Leistungsbereitschaft beansprucht und durch die häufige Normenlosigkeit des Einsatzes außerhalb der Dienstorte ihren eigentlichen Tätigkeitsgebiet oft zur Unzeit entzogen. Auf die freiwillige Unterstützung geeigneter, als Hilfspolizisten zu verwendender Helfer kann daher im Notfall nicht mehr verzichtet werden.“

Aufgabe der nur unter Führung der ordentlichen Polizei einzusetzenden Hilfspolizei wird insbesondere sein:

1. Die Entlastung der ordentlichen Polizei a) durch Unterstützung bei dem Schutz politischer Versammlungen und Aufzüge sowie b) bei der Sicherung von Totaleinrichtungen und Einrichtungen politischer Organisationen, c) bei Absperrungen und Unterstützung der Landjägertruppen;
2. im Falle von Unruhen oder eines anderen polizeilichen Notstandes a) die allgemeine Unterstützung der ordentlichen Polizei, b) die Übernahme des Schutzes lebenswichtiger Betriebe sowie wichtiger im öffentlichen Eigentum stehender oder dem öffentlichen Nutzen dienender Gebäude, Einrichtungen und Anlagen.“

gegen irgendwelchen „kommunistischen Terror“, sondern vor allem auch gegen rechts.

Wenn irgendwelche Behörden den Nachweis brauchen, so wird die Sozialdemokratie gern bereit sein, aus dem letzten Wochen so viele Fälle nationalsozialistischer Wut und Aufreizung zum Terror anzuführen, daß es eines Beweises dafür, wo die eigentlichen Unruheherde sitzen, nicht mehr bedarf. Braun und Teuberling fanden ohne diese Hilfspolizei aus. Brünings ganz schwere, von nationalsozialistischem Terror überdeckte Regierungsjahre war ohne Hilfspolizei. Die neuen Machthaber erklären sich ohnmächtig, mit denselben Mitteln durchzukommen, mit denen das sogenannte „System“ auskam. Das Volk wird sich seinen eigenen Verrat darauf machen, und die Antwort auf diese einseitige, parteiische Handhabung des Staatsapparates kann es am 5. März erteilen.

Judenministerium über die Einstellung von Hilfspolizisten. „daß als Hilfspolizei in erster Linie wohl nur bewährte Mitglieder der SA, und der SA, sowie des Stahlhelms eingestellt werden dürfen“. Die Germania (Zentrumsorgan) bemerkt zu dem Erlaß:

„Mit ihm ist ein Weg beschritten worden, der zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Unter dem vielgeschmähten „System“ haben die staatlichen Sicherheitsorgane die Polizei und als Ultima ratio die Reichswehr jederzeit ausgereicht, um den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Aus dem Erlaß ist nicht zu ersehen, inwiefern diese Hilfspolizei auch bewaffnet werden soll. Die Funktionen, zu denen man sie heranziehen will, lassen jedoch nur den Schluß zu, daß eine solche Bewaffnung tatsächlich in weitestgehendem Maße in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist. Selbst wenn sich die nationalsozialistischen Führer auf die Disziplin ihrer Anhänger verlassen können — es hat schon bedrohliche Beweise des Gegenteils gegeben —, dann bleibt es ein höchst gefährliches und gewagtes Unterfangen, polizeiliche Befugnisse evtl. sogar den Waffengebrauch an junge Menschen zu übertragen, die aus der Mitte einer einseitigen, teilweise außerordentlich fanatischen parteipolitischen Parteibewegung genommen werden sollen. Wenn man dazu an den bekannten Schicksalen

Der Protest des Zentrumblattes
Berlin, 23. Februar. (Eig. Funkf.) Die Reichspresse erklärt zu dem Erlaß des Reichskommissars für das preussische

Auf zur Entscheidung

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet ihr an die Wahlurne gerufen.

Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Geist seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrschicht, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl euren Gegnern innerhalb und außerhalb der Regierung euren festen Willen entgegengestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volksrecht gegen jegliches Diktaturgelüst verteidigt. Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben euren Freiheitswillen nicht gebrochen.

Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit die soziale Reaktion im Sattel sitzt. Denn heute ist euer rechtmäßiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wißt, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, ihr habt nicht ver-

gessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweißroten Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918 wurde die Schmach des Dreiklassenwahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurden die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit niedergedrückt. Erst damals wurde das Sklavenrecht der Landarbeiter, die Gewerkschaften, beseitigt. Erst seit jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Bollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle eures rechtschöpfenden Willens setzen wollen.

So unabsehbar die wirtschaftliche Not ist, ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde.

Ihr wißt, in welcher Front ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem ihr eure Stimme zu geben habt.

Eure Entscheidung wird fallen

für Volksherrschaft gegen Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Berlin, 15. Februar 1933.
Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

Dazu bemerkt der Amtliche Preussische Pressedienst:

„Ergänzend sei noch bemerkt, daß zu Hilfspolizisten nur ehrenhafte, wahlberechtigte, auf nationale und deutsche Pflichten verpflichtete werden dürfen. Die Hilfspolizisten führen einen polizeilichen Ausweis und tragen an ihrer eigenen Kleidung, die auch die Uniform von Verbänden sein kann, als Abzeichen eine weiße, amtlich gestempelte Armbinde mit dem Aufdruck: Hilfspolizei. Sie stehen unter Führung von Polizeioffizieren und haben während der Dauer ihres Dienstes die Befugnisse und Pflichten von planmäßigen Polizei- und Landjägerbeamten.“

Die Bestellung von Hilfspolizisten bedarf — mit Ausnahme von Berlin, wo der Minister des Innern entscheidet — der Befätigung des Regierungspräsidenten.“

Wie der Göring'sche Schieberlaß, so wird auch dieser neue bei einem großen Teil der Bevölkerung in ganz Deutschland teils apassiv, teils Entrüstung bewirkten Zustimmung wird der Erlaß nur bei der Nazi-Partei und der SA finden. Der SA ist ja lange genug dieser Anschlag an das staatliche Beamtentum verbrochen worden. Der „Drang nach Jutterrippe“, den die Nazis in der Agitation so gern den Republikanern andichteten, war nirgend so stark wie in der Hitler-Partei. Herr Göring aber wäre zu sagen, daß wir in Deutschland nicht zureichend Polizei haben, sondern zu viel braune Terroristen. Wir denen gegenüber die Staatsgewalt zu untätig bleibt. Wir verweisen nur auf die blutigen Vorkommnisse der letzten Tage, bei denen braune Pratorianer der Hitler-Partei als die schuldigen Angreifer und Räuber dastehen.

Herr Göring selbst mußte sich vor drei Tagen mit einem Aufruf an die SA. wenden, in dem er forderte, daß ihre Reihen von Spitzeln und Provokateuren gesäubert werden. Wir haben gefragt, wie viele Spitzel und Provokateure die Nazi-Partei denn eigentlich in ihren Reihen haben muß? Eine Partei, die so verurteilt ist von gemeingefährlichen Elementen, gehört unter besondere Aufsicht. Herr Göring dagegen will aus diesen Reihen die Hilfspolizei mit auslesen. Das wird ein großer Teil der Öffentlichkeit wie gelugt nur mit Aufschütteln oder mit Entrüstung aufnehmen können! Keine deutsche Regierung braucht Hilfspolizei, wenn die Behörden und die staatlichen Organe ihre Pflicht tun, nicht nur